



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der  
Europäischen Union

# EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 42/19 • 21.11.2019



## Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Leserinnen und Leser,

Am Montagabend haben die Verhandlungsführer des Europäischen Parlaments und des Rates kurz vor Ablauf der Vermittlungsfrist eine vorläufige Einigung über den EU-Haushalt 2020 erzielen können.

Die vorläufigen Zahlen belaufen sich auf 168,7 Mrd. Euro an Verpflichtungsermächtigungen und 153,6 Mrd. Euro an Zahlungsermächtigungen.

Die Europaabgeordneten haben dabei mehr als 500 Mio. Euro zusätzlich im Vergleich zum ursprünglichen Vorschlag der Kommission für den Klimaschutz heraushandeln können.

Die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen soll um 23,8 Mio. Euro verstärkt werden und das Austauschprogramm Erasmus+ um 50 Mio. Euro aufgestockt werden.

Rund 93 Prozent des EU-Haushaltes gehen im Ergebnis an Bürgerinnen und Bürger, Regionen, Städte, Landwirtinnen und Landwirte sowie Unternehmen in den Mitgliedstaaten. Die Verwaltungsausgaben der EU betragen hingegen 7 Prozent der Gesamtausgaben.

Die Einigung muss nunmehr von Rat und Parlament noch formell bestätigt werden. Nachdem der Rat den Kompromiss formell angenommen hat, wird er dem Haushaltsausschuss des EP zur Genehmigung vorgelegt werden und das Plenum stimmt diesen Monat in Straßburg über ihn ab.

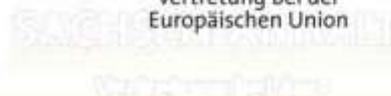
Mit besten Grüßen

Carmen Johannsen  
Leiterin der Landesvertretung



**SACHSEN-ANHALT**

Vertretung bei der  
Europäischen Union



VEREINIGTE STAATEN VON EUROPA

VEREINIGTE STAATEN VON EUROPA



# Inhaltsverzeichnis

<b><u>Vorwort</u></b> .....	<b>2</b>
<b><u>Aus den Institutionen</u></b> .....	<b>4</b>
• Mehr Geld für Klimaschutz - EU-Organe einig über Haushaltsplan 2020	
• Europäische Kommission begrüßt neue Energie-Kreditvergabepolitik der EIB	
• EU-Kommission begrüßt Annahme neuer Regeln für grenzüberschreitende Mobilität von Unternehmen	
• Europäische Kommission erneuert Versprechen zur Durchsetzung von Kinderrechten	
• Europäisches Parlament - Mehrwertsteuerflucht: Online Plattformen müssen Lücken schließen	
• Rat Landwirtschaft und Fischerei	
<b><u>Aus den Fachbereichen</u></b> .....	<b>8</b>
• Juncker-Plan unterstützt Online-Finanzierung für kleine und mittlere Unternehmen in Deutschland	
• Den industriellen Wandel meistern - Empfehlungen für Regionen	
• Verteidigungsunion - Rat lanciert 13 neue gemeinsame Projekte	
• Emissionsarme Mobilität - begrüßt Einigung über die Kennzeichnung von Reifen	
<b><u>Was, wann, wo</u></b> .....	<b>12</b>
• Karrieremesse Internationale Organisationen	
<b><u>Ausschreibungen</u></b> .....	<b>13</b>
• College of Europe: Start der Bewerbungsphase für 2020/21	
• EUROFOUND - Ausschreibung der Stelle des Exekutivdirektors (m/w) in Dublin	
<b><u>Kontaktbörse</u></b> .....	<b>15</b>
• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
<b><u>Büro intern / Tipp</u></b> .....	<b>18</b>
• GOEUROPE - Quizfragen	
<b><u>Ihr Kontakt zu uns</u></b> .....	<b>22</b>
<b><u>Impressum</u></b> .....	<b>23</b>



## Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

### Mehr Geld für Klimaschutz - EU-Organe einig über Haushaltsplan 2020

Die drei am Haushaltsplan beteiligten EU-Organe haben sich am 18. November auf den EU-Haushaltsplan für 2020 geeinigt. Dadurch kann die EU ihre Mittel gezielt jenen Prioritäten zuführen, die den Bürgerinnen und Bürgern am Herzen liegen: mehr Geld gibt es unter anderem für den Kampf gegen den Klimawandel, Beschäftigung, Jugendaustausch und das Satellitenprogramm Galileo. Der Haushaltsplan des kommenden Jahres wird auch den Übergang zum nächsten Haushaltszyklus ebnen, da es sich um den siebten und damit letzten Haushaltsplan des aktuellen langfristigen Haushaltszyklus 2014-2020 handelt. Der EU-Haushalt 2020 beläuft sich auf 168,69 Mrd. Euro bei den Mitteln für Verpflichtungen (Mittel, die in einem bestimmten Jahr vertraglich zugesagt werden können) und 153,57 Mrd. Euro bei den Mitteln für Zahlungen (Beträge, die tatsächlich ausgezahlt werden). Die Einigung beruht auf der Prämisse, dass das Vereinigte Königreich nach seinem Austritt aus der Europäischen Union spätestens am 31. Januar 2020 noch bis Ende 2020 denselben Beitrag wie ein Vollmitglied zum Unionshaushalt und zur Durchführung der EU-Haushaltspläne leisten wird. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Ausführliche Pressemitteilung zum EU-Haushaltsplan 2020](#)

[EU-Haushalt 2020: Kommission rückt Beschäftigung, Wachstum und Sicherheit in den Mittelpunkt ihres Vorschlags](#) (5. Juni 2019)

[Entwurf des EU-Haushaltsplans 2020 – Fragen und Antworten](#) (5. Juni 2019)

[EU-Haushalt 2021-2027: Weichenstellung für die Zukunft](#) (9. Oktober 2019)

[Vorschlag der Kommission für den nächsten langfristigen EU-Haushalt](#)

[Der EU-Haushaltsplan auf einen Blick](#)

4

### Europäische Kommission begrüßt neue Energie-Kreditvergabepolitik der EIB

Die Kommission unterstützt die neue Energie-Finanzierungspolitik der Europäischen Investitionsbank (EIB), die bei der Sitzung des Verwaltungsrates der EIB-Gruppe am 14. November beschlossen wurde. Dies wird der EU-Förderbank helfen, eine vollständige Angleichung an die Pariser Klimaziele zu erreichen. Die Kommission hat für den Vorschlag gestimmt. Damit wird die Finanzierung von kohlenstoffarmen Energieträgern erhöht, was auch zu einem schrittweisen Auslaufen der Unterstützung für Projekte mit fossilen



**European  
Investment  
Bank**

Brennstoffen, einschließlich Erdgas, führen wird.

Nach Ansicht der Kommission sollte der Übergang zu sauberen Energien schrittweise und sozial gerecht erfolgen, auf einem

breiten Spektrum von Energiequellen und -technologien beruhen und so

erfolgen, dass keine Region zurückbleibt.

Der Verwaltungsrat der EIB hatte sich auf eine Übergangsregelung für die Einstellung von Gasprojekten geeinigt, einschließlich wichtiger Verbindungs- und Gasspeicherprojekte, der so



genannten Projekte von gemeinsamem Interesse. Diese Projekte sind wichtig für die europäische Versorgungssicherheit.

Die EU ist fest entschlossen, ihre Treibhausgasemissionen, die den Klimawandel verursachen, zu reduzieren. Die EU hat den fortschrittlichsten Rechtsrahmen angenommen, um ihre Energie- und Klimaziele für 2030 zu erreichen. Das langfristige Engagement der Kommission für das vollständig dekarbonisierte Energiesystem ist in ihre Strategie für 2050 eingebettet.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[European Commission statement on the adoption of the new energy lending policy of the EIB Group](#)

## **EU-Kommission begrüßt Annahme neuer Regeln für grenzüberschreitende Mobilität von Unternehmen**

Die EU-Mitgliedstaaten haben am 18. November neue Vorschriften angenommen, die europäischen Unternehmen Zusammenschlüsse, Spaltungen oder Umzüge erleichtern sollen und gleichzeitig strenge Schutzbestimmungen vorsehen.

Die neuen Vorschriften werden die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen verbessern und es diesen erleichtern, EU-weit zu expandieren. Ferner enthalten sie strenge Schutzvorschriften für Arbeitnehmer, Minderheitsgesellschafter und Gläubiger und stellen sicher, dass grenzüberschreitende Geschäfte nicht für betrügerische oder unlautere Zwecke missbraucht werden.

Gesellschaften werden künftig von einem umfassenden Paket europäischer Vorschriften profitieren, die den Umzug von einem Mitgliedstaat in einen anderen oder grenzüberschreitende Aufspaltungen in mehrere Gesellschaften regeln.

Gleichzeitig können die nationalen Behörden dank der neuen Vorschriften künftig grenzüberschreitende Geschäfte stoppen, wenn diese missbräuchlichen oder betrügerischen Zwecken, die zur Vermeidung oder Umgehung von nationalem oder EU-Recht führen, oder kriminellen Zwecken dienen.

Ferner werden solide Garantien zum Schutz von Arbeitnehmern – insbesondere was ihre Rechte auf Unterrichtung, Anhörung und Mitbestimmung anbelangt – sowie von Minderheitsgesellschaftern und Gläubigern bei grenzüberschreitenden Geschäften geschaffen. Im Vergleich zur derzeitigen Situation mit uneinheitlichen Vorschriften und mangelnder Rechtssicherheit wird dies den Schutz der Beteiligten erheblich verbessern. Die Richtlinie tritt 20 Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft. Die Mitgliedstaaten haben dann 36 Monate Zeit, die für ihre Umsetzung erforderlichen Maßnahmen einzuleiten.

Die Richtlinie gehört zu den beiden Vorschlägen, die die EU-Kommission im April 2018 zur Modernisierung des EU-Gesellschaftsrechts vorgelegt hat. Der andere Vorschlag – eine Richtlinie im Hinblick auf den Einsatz digitaler Werkzeuge und Verfahren im Gesellschaftsrecht – wurde im Juni 2019 angenommen. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Daily News vom 18. November 2019](#)

[Pressemitteilung des Rates zur Annahme der neuen Vorschriften](#)



## Europäische Kommission erneuert Versprechen zur Durchsetzung von Kinderrechten

Anlässlich des 30. Jahrestages der UN-Konvention über die Rechte des Kindes hat die EU am 19. November ihre Entschlossenheit bekräftigt, die Rechte von Kindern weltweit zu schützen. „Kinder müssen in der Lage sein, in einer sicheren und fördernden Umgebung aufzuwachsen - frei von Gewalt, Ausbeutung, Belästigung oder Vernachlässigung“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der EU-Kommission und der Hohen Vertreterin für die Außen- und Sicherheitspolitik. „Innerhalb der Union und in externen Maßnahmen - ob in Konfliktsituationen oder im Frieden - leitet diese UN-Konvention unsere Politik, die Gesetzgebung und die Finanzprogramme der EU, die sich auf die Rechte von Kindern auswirken. Alle EU-Mitgliedstaaten sind Vertragsparteien des Übereinkommens, und gemeinsam verfügen wir über starke nationale und EU-Rechtsrahmen, die dazu dienen, Kinder vor Missbrauch und Ausbeutung zu schützen.“

Trotz aller Bemühungen leben 25 Millionen Kinder in der EU und 19,5 Prozent der Kinder in der Welt weiterhin in Armut.

Die EU verpflichtet sich erneut den Grundsätzen des Übereinkommens und dazu, Kindern die Priorität einzuräumen, die sie verdienen. Investitionen in Kinder sind nicht nur eine moralische Pflicht, sondern auch eine wichtige Investition in eine bessere Gegenwart und Zukunft für uns alle.

Kinder auf der ganzen Welt sind Opfer von Missbrauch, Ausbeutung und Menschenhandel. Sie leiden unter psychischen Problemen, sind Opfer von Mobbing und begehen Selbstmord. Die Konvention hat an der Stelle auch dazu beigetragen, die Sichtweise der Welt auf Kinder zu verändern: Wenn man sie als eine Gruppe von Menschen betrachtet, die Schutz benötigen, beginnt die Welt, Kinder als Rechteinhaber anzuerkennen, die eine aktive Rolle bei der Gestaltung der Gesellschaft spielen können.

Die Europäische Kommission ist überzeugt, dass wir die Kinder selbst einbeziehen müssen, um die Durchsetzung ihrer Rechte zu gewährleisten. Anlässlich des 30-jährigen Bestehens der Konvention haben die EU und UNICEF kürzlich die Social-Media-Kampagne #TheRealChallenge gestartet, um mit Kindern und Jugendlichen über eine ihnen bekannte Plattform und verständlichen Sprache über ihre Rechte zu diskutieren.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen

[Das vollständige Statement](#)

[Vollständige Kinderrechtskonvention im Wortlaut \(link is external\)](#)

[Themenseite der #TheRealChallenge](#)

## Europäisches Parlament - Mehrwertsteuerflucht: Online Plattformen müssen Lücken schließen



Online Plattformen sollen verpflichtet werden, Buch über mehrwertsteuerpflichtige Verkäufe zu führen, um allen EU-Ländern die Eintreibung von Steuerschulden zu erleichtern.



Rund 5 Milliarden Euro an Mehrwertsteuer entgehen jährlich den Staatskassen der EU-Ländern im Online-Handel. Im nächsten Jahr erwartet die Kommission einen Anstieg der Verluste auf 7 Milliarden Euro.

Die am 14. November von den Abgeordneten verabschiedete Richtlinie ergänzt die allgemeinen Bestimmungen über online Handel ([e-commerce Richtlinie 2017](#)), um Steuerflucht zu vereiteln. Plattformen wie Amazon, e-bay oder Alibaba müssen ab 2021 sicherstellen, dass Mehrwertsteuerschulden bei Verkäufen in der EU den jeweiligen Steuerbehörden gemeldet werden.

Der Gesetzestext legt fest, welche Daten Online-Plattformen in Zukunft aufzeichnen und den jeweiligen Behörden zur Berechnung der Mehrwertsteuerschuld unabhängiger Verkäufer übermitteln müssen, auch und vor allem für Verkäufe aus Drittländern. Bislang haben EU-Mitgliedstaaten kaum Möglichkeiten, Mehrwertsteuer-Schulden von Verkäufern außerhalb der EU einzutreiben, es sei denn die Verkäufer deklarieren sie selbst ordnungsgemäß.

Die Abgeordneten stimmten Abänderungen des Kommissionsvorschlags zu, die festlegen, welches Mitgliedsland jeweils für die Einholung der Mehrwertsteuer verantwortlich ist und welche digitalen Plattformen als Verkaufsvermittler die neuen Verpflichtungen zu erfüllen haben. Plattformen sollen überdies detaillierte Angaben machen, welche Steuerschuld pro EU-Land anfällt.

Der Berichterstatter des Parlaments, Ondřej Kovařík (Renew, CZ), erklärte: "Wir brauchen ein Mehrwertsteuer-System, das den Anforderungen des digitalen Handels gewachsen ist. Diese Modernisierung wird die Berechnung und Abwicklung der Mehrwertsteuer im Binnenmarkt vereinfachen und vorhandene Steuerlücken schließen."

Dank der Zustimmung des Parlaments kann der Rat nun seine endgültige Position verabschieden. • *eag* Quelle: *PM EP*

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)

## Rat Landwirtschaft und Fischerei

Am 18. November 2019 tagte der europäische Agrar- und Fischereirat. Hauptthema war erneut die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Die Ministerinnen und Minister führten einen Gedankenaustausch über die Umwelt- und Klimaaspekte der GAP nach 2020. Sie befassten sich insbesondere mit einem Vorschlag des Ratsvorsitzes zu einem über beide Säulen einheitlichen gemeinsamen Finanzierungsanteil für Umwelt- und Klimazwecke. Damit sollen ehrgeizigere Umweltziele und mehr Flexibilität erreicht werden. Beraten wurde ebenso der Kommissions-Vorschlag für GAP-Übergangsbestimmungen, die erforderlich sind, um für eine kontinuierliche Unterstützung der europäischen Landwirte im Jahr 2021 nach Auslaufen der aktuellen GAP-Förderperiode zu sorgen. Weitere Informationen in der Pressemitteilung des Rates [hier](#). • *ms*



## Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

### Juncker-Plan unterstützt Online-Finanzierung für kleine und mittlere Unternehmen in Deutschland

Der EIF (Europäischer Investitionsfonds) beteiligt sich mit einer Ankerinvestition von 30 Millionen Euro am creditshef-Kreditfonds, einem diversifizierten Kreditfonds, der KMU und kleinen Midcap-Unternehmen in Deutschland vorrangige Finanzierungen bereitstellt, die creditshef über seine deutsche Online-Finanzierungsplattform arrangiert. Bei dem Fonds handelt es sich um einen geschlossenen Private-Debt-Fonds für qualifizierte Investoren, die sich für diese Anlageklasse interessieren. Sein Zielvolumen beträgt bis zu 150 Millionen Euro, die in über 150 Kredite an deutsche KMU investiert werden sollen. Der Fonds wird neben den bestehenden institutionellen Anlegern von creditshef die Plattform nutzen. Somit werden den KMU-Darlehensnehmern von creditshef mehr Finanzierungsmittel zur Verfügung stehen.

Mit creditshef unterstützt der EIF erstmals eine Online-Kreditplattform, die sich speziell auf den deutschen Markt konzentriert. Dem ging eine gründliche Prüfung der geschäftlichen und risikobezogenen Aspekte voraus, während der der EIF und creditshef ihr Know-how in den Bereichen Private Debt und Dynamik des Online-Direktkreditmarktes austauschten. Im Rahmen des neuen EFSI-Produkts für Kreditfonds „Private Credit für KMU“ will der EIF in diversifizierte KMU-Kreditpools investieren. So will er seinem Mandat gerecht werden, einen funktionierenden Kapitalmarkt in der Europäischen Union zu fördern, der die Mechanismen für die Transmission von Mitteln in die privaten Kreditmärkte ankurbelt.

Bis Oktober 2019 hatte der Juncker-Plan europaweit bereits 439,4 Mrd. Euro an Investitionen mobilisiert, davon 31,2 Mrd. in Deutschland, und mehr als eine Million Start-ups und kleine und mittelständische Unternehmen unterstützt. Die vom Juncker-Plan angeschobenen Investitionen haben im Vergleich zum Basisszenario das Bruttoinlandsprodukt der EU um 0,9 Prozent erhöht und **1,1 Millionen Arbeitsplätze geschaffen**. Bis 2022 wird der Juncker-Plan das BIP der EU um 1,8 Prozent gesteigert und 1,7 Millionen Arbeitsplätze geschaffen haben.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen

[Factsheet: Die Auswirkungen des Juncker-Plans auf Beschäftigung und Wachstum](#)

[Investitionsplan für Europa: der Juncker-Plan](#)

[Pressemeldung zu Auswirkungen des Juncker-Plans auf Arbeitsplätze und Wachstum in der EU](#)

[Informationen zum online „creditshef“ Kreditfonds](#)

[Europäischer Fonds für Strategische Investitionen](#)



## Den industriellen Wandel meistern - Empfehlungen für Regionen

Die Europäische Kommission hat gemeinsam mit der OECD und ausgewählten Mitgliedstaaten und Regionen Lösungsansätze ausgearbeitet, wie der industrielle Wandel besser gemeistert werden kann. Aus Deutschland nimmt Sachsen an der Initiative teil. Der am 14. November vorgelegte [Bericht](#) bezieht sich auf eine 2017 eingeleitete Initiative, die [zwölf Regionen und Mitgliedstaaten der EU](#) helfen soll, den industriellen Wandel zu vollziehen und sich in einer globalisierten Wirtschaft zu behaupten. Expertenteams der OECD und der Kommission haben gemeinsam mit den Regionen und den Mitgliedstaaten herausgearbeitet, wodurch das Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen in diesen Gebieten behindert werden. Ziel war es, ihre langfristigen Entwicklungsstrategien auf der Grundlage vorhandener Wettbewerbsnischen zu stärken – die sogenannte „[intelligente Spezialisierung](#)“. Die Strategien betreffen soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Modernisierung und Klimaschutzziele. In dem Bericht werden auf der Grundlage dieser Arbeiten in fünf Kernbereichen Instrumente für die nationalen und regionalen Behörden sowie konkrete Lösungen zur Beseitigung von Faktoren, die den industriellen Wandel hemmen, dargestellt. Dieser Bericht wird mit seinen Empfehlungen in die Vorbereitung der [künftigen kohäsionspolitischen Programme 2021-2027](#) einfließen, über die mehr als 90 Mrd. Euro für Forschung, Innovation, Digitalisierung und Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen bereitgestellt werden.

Die Globalisierung hat den weniger entwickelten Volkswirtschaften der Welt enorme Vorteile gebracht und den Europäerinnen und Europäern viele Chancen eröffnet. Während sich die Vorteile weithin bemerkbar machen, sind die Kosten allerdings häufig nicht gleichmäßig verteilt. Viele europäische Regionen sind mit dem Verlust von Arbeitsplätzen infolge des Niedergangs traditioneller Industriezweige konfrontiert. Um der Herausforderung der wirtschaftlichen Modernisierung zu begegnen, muss Europa die Regionen stärken und ihre Wertschöpfung unterstützen. Das bedeutet, Innovation, Digitalisierung und Dekarbonisierung zu fördern sowie die Kompetenzen der Menschen auszubauen. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen

Broschüre – [Industrieller Wandel: keine Region wird zurückgelassen](#)

Pressemitteilung – [Regionen können von EU-Unterstützung für den Aufbau widerstandsfähiger Volkswirtschaften profitieren](#) (September 2017)

Pressemitteilung – [Regionen im industriellen Wandel: Neue Unterstützung durch die Kommission beim Aufbau einer widerstandsfähigen, CO<sub>2</sub>-armen Wirtschaft](#) (Dezember 2017)

Pressemitteilung – [Mehr Unterstützung durch die Kommission beim Aufbau einer widerstandsfähigen und wettbewerbsfähigen Wirtschaft](#) (März 2018)

Pressemitteilung – [Kommission legt Ergebnisse der Initiative zur Unterstützung von Regionen im industriellen Wandel vor](#) (Mai 2019)  
[Webseite der OECD „Policy highlights“](#)



## Verteidigungsunion - Rat lanciert 13 neue gemeinsame Projekte

Der Rat der EU-Staaten hat grünes Licht für 13 neue Projekten im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (Permanent Structured Cooperation, PESCO) gegeben. Die Zusammenarbeit zielt darauf ab, die europäische Verteidigung effektiver zu machen, indem sie die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten forciert, ihre Streitkräfte durch mehr Interoperabilität verbindet und die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie stärkt.

Die Entscheidung fiel beim [Ratstreffen der Verteidigungsminister](#) am 12. November, an dem auch die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, Kommissionsvizepräsident Jyrki Katainen und Kommissarin Elżbieta Bieńkowska teilnahmen. Fünf der neuen Projekte legen den Schwerpunkt auf Ausbildung, unter anderem in den



Bereichen Cyberabwehr, Tauchen, Taktik, medizinische Unterstützung und Abwehr chemischer, biologischer, radiologischer und nuklearer Bedrohungen. Der Schwerpunkt anderer Projekte liegt auf dem Ausbau gemeinsamer Maßnahmen der EU sowie auf der Entwicklung der Fähigkeiten zu Land, zur See und im Weltraum.

Durch den Beschluss wird die Zahl der laufenden Projekte auf 47 erhöht: Am 6. März 2018 hatte der Rat formell die ersten 17 Projekte angenommen. Am 20. November 2018 kamen weitere 17 Projekte hinzu.

PESCO ermöglicht den EU-Mitgliedstaaten, im Bereich der Sicherheit und Verteidigung enger zusammenzuarbeiten. Dank dieses ständigen Rahmens für die Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich können die Mitgliedstaaten, die dazu bereit und in der Lage sind, Verteidigungsfähigkeiten gemeinsam entwickeln, in gemeinsame Projekte investieren, die operative Einsatzbereitschaft verbessern und den Beitrag ihrer Streitkräfte ausweiten.

An der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit beteiligen sich folgende 25 Mitgliedstaaten: Österreich, Belgien, Bulgarien, Tschechische Republik, Kroatien, Zypern, Estland, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Italien, Irland, Lettland, Litauen, Luxemburg, die Niederlande, Polen, Portugal, Rumänien, Slowenien, die Slowakei, Spanien und Schweden. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen

[Daily News vom 13.11.2019](#)

[Aktualisierter Überblick über die gemeinsamen Projekte](#)

[Ständige Strukturierte Zusammenarbeit \(PESCO\) – Factsheet](#)

## Emissionsarme Mobilität - begrüßt Einigung über die Kennzeichnung von Reifen

Reifen werden künftig besser sichtbar und genauer gekennzeichnet. Das neue Design der Reifenlabels wird an das des [EU-Energielabels](#) angeglichen. Darauf haben sich am 13. November die EU-Staaten, das Europäische Parlament und die Europäische Kommission geeinigt.



Am 17. Mai 2018 hatte die Kommission als Teil des [Pakets für saubere Mobilität](#) die neue Verordnung zur Kennzeichnung von Reifen vorgeschlagen. Durch die neuen Vorschriften wird die Kennzeichnung von Reifen besser sichtbar, zukunftstauglicher und genauer. Durchsetzung und Marktüberwachung werden verbessert, und die Skalen auf den Etiketten werden aktualisiert, um bestmögliche Informationen zu liefern. Das neue, modernere Design wird an dasjenige des bekannten [EU-Energielabels](#) angeglichen, wobei die ursprüngliche Größe und die

Piktogramme, die den Verbrauchern gut bekannt sind, beibehalten werden.

Nach der politischen Einigung muss die Verordnung nun noch förmlich vom Europäischen Parlament und vom Rat verabschiedet werden. Sobald die beiden gesetzgebenden Organe in den kommenden Monaten ihre Zustimmung zu der aktualisierten Verordnung gegeben haben, wird diese im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht und sie tritt 20 Tage danach in Kraft. Die Anwendung der neuen Verordnung beginnt 18 Monate nach ihrem Inkrafttreten. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen

[Emissionsarme Mobilität: Kommission begrüßt Einigung über die Kennzeichnung von Reifen](#)

[Reifenkennzeichnung in der EU](#)



## Was, wann, wo

[Zurück zur Übersicht](#)

### Karrieremesse Internationale Organisationen

Am **Samstag, dem 25. Januar 2020** veranstaltet das Auswärtige Amt die **15. Karrieremesse Internationale Organisationen**.

Vertreten sind über 40 internationale Organisationen und europäische Institutionen sowie Nachwuchsförderprogramme, die gerne Fragen zu Einstiegsmöglichkeiten und Karrierechancen beantworten. Studierende, Hochschulabsolventen und Berufstätige, die an einer internationalen Tätigkeit interessiert sind, können sich in persönlichen Gesprächen, an Messeständen, bei Präsentationen und durch Erfahrungsberichte über Berufsbilder und den Arbeitsalltag in internationalen Organisationen und europäischen Institutionen informieren.

So unterschiedlich wie die Arbeitsfelder der Organisationen sind auch die Berufsprofile ihrer Mitarbeiter. Gesucht werden nicht nur Wirtschafts- und Politikwissenschaftler (m/w), sondern auch Architekten (m/w), Ingenieure (m/w), Chemiker (m/w), Ärzte (m/w), Juristen (m/w), Informatiker (m/w), Medienprofis (m/w), Geografen (m/w), Verwaltungswissenschaftler(m/w), Meteorologen und andere (m/w).

Tickets zu 8 Euro und weitere Informationen können Sie in Kürze auf der Website [www.diplo.de/io-karrieremesse](http://www.diplo.de/io-karrieremesse) erhalten. Vor Ort ist ein Ticketkauf nicht möglich.

12

Die Messe findet in der Zeit von **10:00 bis 17:00 Uhr (Einlass 9:00 Uhr)** im Konferenzbereich des **Auswärtigen Amts in Berlin-Mitte** statt (Eingang Unterwasserstraße 10, U-Bahn: Spittelmarkt). • *eag Quelle: Rundmail AA vom 11. November 2019*  
*Bild © AA*





# Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

## Europa studieren und erleben – intensiv und praxisnah

### College of Europe: Start der Bewerbungsphase für 2020/21

Wenn mit dem Beginn der neuen Legislatur von Europäischem Parlament und EU-Kommission das Stühlerücken in den EU-Institutionen beginnt, finden sich auf europapolitischen Schlüsselpositionen immer wieder auch Absolventinnen und Absolventen des College of Europe. Prominentestes Beispiel ist der designierte Kommissionsvizepräsident Margaritis Schinas. Das ist kein Zufall: Wer sich für ein Masterstudium an Europas ältestem und renommiertestem Institut für postgraduierte Europastudien entscheidet, erhält eine stark praxisorientierte Ausbildung und wird Teil einer „europäischen Gemeinschaft“ im Kleinen.

Für das **Studienjahr 2020/21 am College of Europe startet jetzt europaweit das Bewerbungsverfahren.** Hochschulabsolventinnen und -absolventen aus Deutschland

können sich bis zum 15. Januar 2020 für eines der etwa 30 Stipendien der Bundesregierung

und der Länder am College of Europe bewerben. Die Vergabe organisiert die Europäische Bewegung Deutschland e. V. (EBD).



College of Europe  
Collège d'Europe

Brugge



Natolin

Das College of Europe ist das älteste und renommierteste europäische Hochschulinstitut für Postgraduierten-Studien rund um die EU. Seit seiner

Gründung 1949 haben viele Tausend Absolventinnen und Absolventen erfolgreiche Karrieren in europäischen und internationalen Institutionen, Parlamenten, Unternehmen und Verbänden gestartet. Nahezu einmalig in Europa ist das Campusleben am College of Europe in **Brügge (Belgien) und Natolin (Polen)**: Die Studierenden wohnen, leben und lernen gemeinsam in internationaler Atmosphäre.

Jährlich studieren am College of Europe etwa 470 hochqualifizierte Studierende von Hochschulen und Universitäten aus mehr als 50 Ländern und erleben Europa hautnah. Unterrichtet werden sie von Professorinnen und Professoren aus der ganzen Welt und von Insidern aus den EU-Institutionen. Das **zehnmonatige Studium** ist zweisprachig (Englisch und Französisch). In Brügge können Masterabschlüsse in den Fachbereichen



Europäische  
Bewegung  
Deutschland

Rechtswissenschaften, Wirtschaft, Politik & Governance sowie Internationale Beziehungen & Diplomatie erreicht werden. Auf dem Campus in Natolin wird ein Master in Interdisziplinären Studien angeboten. In allen Masterprogrammen gibt es unterschiedliche Spezialisierungsmöglichkeiten.

#### Studienvoraussetzungen:

- abgeschlossenes Universitätsstudium oder ein gleichwertiger Studienabschluss in Recht, Wirtschafts- oder Politikwissenschaft, Öffentliche Verwaltung, Internationale Beziehungen, Europastudien, Geschichte, Philosophie oder Kommunikationswissenschaften, Journalismus, Sozial- und Sprachwissenschaften, Geographie und verwandten Fachbereichen
- gute Kenntnisse in Französisch und Englisch

**Bewerbungsschluss** für das Studienjahr 2020/21 ist der **15. Januar 2020.**

**Ausführliche Informationen und Bewerbungsunterlagen:** [www.netzwerk-ebd.de/coe](http://www.netzwerk-ebd.de/coe)

Für das Studium können bei der EBD Stipendien des BMBF beantragt werden.

- *eag Quelle: Rundmail AA vom 14. November 2019 / PM Europäische Bewegung Deutschland*



<b>Gegenstand:</b>	EUROFOUND Ausschreibung der Stelle des Exekutivdirektors (m/w) in Dublin, Irland (Bedienstete(r) auf Zeit— Besoldungsgruppe AD 14) — COM/2019/20046
<b>Fundstelle: Abl.</b>	C 387 A vom 15. November 2019 <a href="https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2019:387A:FULL&amp;from=DE">https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2019:387A:FULL&amp;from=DE</a>
<b>Bewerbungsfrist:</b>	<b>13. Dezember 2019</b>
<b>Antragsunterlagen:</b>	Falls Sie sich bewerben möchten, müssen Sie sich zunächst im Internet auf folgender Seite anmelden und den dortigen Anleitungen zu den einzelnen Verfahrensschritten folgen: <a href="https://ec.europa.eu/dgs/human-resources/seniormanagementvacancies/">https://ec.europa.eu/dgs/human-resources/seniormanagementvacancies/</a> Zwecks weiterer Auskünfte und/oder bei technischen Problemen wenden Sie sich bitte per E-Mail an: <a href="mailto:HR-MANAGEMENT-ONLINE@ec.europa.eu">HR-MANAGEMENT-ONLINE@ec.europa.eu</a>



# Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)

## Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche



Die Partnergesuche wurden erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt  
Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank [Link](#)

Wir stehen Unternehmen zur Seite

Programm Profiltyp Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung / Stichworte
<b>Forschungsge such</b>  Horizon 2020  Spanien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt  Helga Ilchmann E-Mail: <a href="mailto:hilchmann@tti-md.de">hilchmann@tti-md.de</a> Tel. 0391 74435-42	<b>Industriepartner aus dem Bereich Bewässerungssysteme gesucht</b>  Eine Gruppe von Forschungs- und Entwicklungszentren aus Deutschland, Spanien, Bulgarien und Nordmazedonien hat ein Mikrobewässerungssystem auf Basis von Tonröhren entwickelt, das in Afrika eingesetzt werden soll. Gesucht werden Industrieunternehmen mit Expertise in der Entwicklung neuer Materialien und Technologien im Zusammenhang mit Bewässerungssystemen, die sich dafür interessieren das Konsortium für einen Vorschlag im Rahmen des EU-Förderprogramms Horizon 2020 zu vervollständigen. Der gesuchte Partner wird an der Entwicklung und Produktion von Düngemitteln, Keramik, Wasseraufbereitungssystemen und Kunststoffen für die Bewässerung beteiligt sein.  Nähere Informationen: <a href="https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/fc9f5cb3-f67e-4176-9936-8e126132a563">https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/fc9f5cb3-f67e-4176-9936-8e126132a563</a>  Referenznummer: RDES20191112001
<b>Forschungsge such</b>  Horizon 2020	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt  Helga Ilchmann	<b>Ungarische Forschungsorganisation sucht Partner aus der Pharma- und Biotech- Industrie</b>



Ungarn	E-Mail: <a href="mailto:hilchmann@tti-md.de">hilchmann@tti-md.de</a> Tel. 0391 74435-42	<p>Eine ungarische Forschungs- und Technologieorganisation (RTO) sucht Partner aus der Pharma- und Biotech-Industrie, die sich an einem Vorschlag zum Förderprogramm Horizon 2020 beteiligen möchten. In dem Vorschlag wird ein Ausbildungsnetzwerk mit Experten aus akademischen Einrichtungen und privaten Unternehmen geschaffen, das sich mit den verschiedenen Aspekten nicht-natürlicher peptidischer Verbindungen befasst. Um das Konsortium zu stärken, sucht die Organisation biotechnologische KMUs, die sich auf pharmakologische Untersuchungen konzentrieren und in der Lage sind, verschiedene Aufgaben des Protein-Engineerings durchzuführen, sowie Großunternehmen mit Interesse an der Entwicklung von peptidbasierten bioaktiven Verbindungen.</p> <p>Nähere Informationen: <a href="https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/8e34b2ef-e06c-4f5a-8f49-fcf97a039f47">https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/8e34b2ef-e06c-4f5a-8f49-fcf97a039f47</a></p> <p>Referenznummer: RDHU20191114001</p>
<b>Forschungsge such</b>  Horizon 2020  Italien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt  Helga Ilchmann E-Mail: <a href="mailto:hilchmann@tti-md.de">hilchmann@tti-md.de</a> Tel. 0391 74435-42	<b>Italienisches Startup aus dem Gesundheitswesen sucht Industrie- und Forschungspartner</b>  Ein italienisches innovatives Start-up bereitet einen Projektvorschlag im Rahmen des EU-Förderprogramms Fast Track to Innovation (H2020) vor. Das Unternehmen entwickelt eine neuartige Formulierung von dermatologischer Creme, die geweberegenerative Faktoren wie die in menschlichen Blutplättchen enthält. Diese dient zur Behandlung von Hautgeschwüren, einschließlich schwerer Störungen wie diabetische Fußgeschwüre, Druck- und Beingeschwüre. Das Start-up sucht zwei verschiedene Partner: ein Fertigungsunternehmen und eine Forschungseinrichtung zur Durchführung einer Studie.



		<p>Nähere Informationen: <a href="https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/06e76d4b-4165-443e-9fca-1a3d1a3d4d35">https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/06e76d4b-4165-443e-9fca-1a3d1a3d4d35</a></p> <p>Referenznummer: RDIT20191113001</p>
<p><b>Forschungsge such</b></p> <p>Horizon 2020</p> <p>Bulgarien</p>	<p>Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt</p> <p>Helga Ilchmann E-Mail: <a href="mailto:hilchmann@tti-md.de">hilchmann@tti-md.de</a> Tel. 0391 74435-42</p>	<p><b>Konsortium sucht Partner im Gebiet der Laserphysik und der molekularen Quantenkontrolle</b></p> <p>Ein bulgarisches Forschungszentrum ist Koordinator für ein Projekt im Rahmen des EU-Förderprogramms Horizon 2020 im Bereich des Antriebs mit Hilfe von Quantentechnologie. Das Konsortium sucht mindestens einen weiteren Partner außerhalb von Bulgarien und Großbritannien. Der Partner kann ein KMU oder eine Forschungseinrichtung/Universität mit Erfahrung in der Forschung und Entwicklung in der Laserphysik und der molekularen Quantenkontrolle sein. Die Rolle des Partners besteht darin, die experimentelle Validierungsphase zu leiten und fachkundige Beratung während der theoretischen und der Demo-Phase anzubieten.</p> <p>Nähere Informationen: <a href="https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/5bd72432-9887-4d41-894d-ef115fd32014">https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/5bd72432-9887-4d41-894d-ef115fd32014</a></p> <p>Referenznummer: RDBG20191018001</p>

EEN finden Sie nunmehr auch auf Twitter unter [https://twitter.com/EEN\\_LSA?lang=de](https://twitter.com/EEN_LSA?lang=de)



### GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und

Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.

Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational“ hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.

In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt transnational“.



**Deutsches  
Rotes  
Kreuz**

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Viel Spaß beim Lösen der GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche:

Im November 2017 führte die Europäische Kommission eine Meinungsumfrage unter EU-BürgerInnen zur Mediennutzung in der Europäischen Union durch. Welche Rolle spielen verschiedene Medien im Leben der Bürgerinnen und Bürger, und gibt es Unterschiede? Anlässlich der Verleihung des Europa.Medien.Preis Sachsen-Anhalt am 26.11.2019 dreht sich auch dieses Quiz um genau diese Fragen.



1. Laut Eurobarometer schwankte die Nutzung des Mediums Internet stark zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten. In welchem Land der EU gaben die meisten Befragten an, das Internet (fast) täglich zu nutzen?

- A) Deutschland
- B) Dänemark
- C) Niederlande

2. Trotz der vermehrten Internetnutzung bestätigten insgesamt nur 34% der befragten EU-BürgerInnen, Vertrauen in dieses Medium zu haben. Welches Medium wurde bei der Frage nach dem größten Vertrauen am häufigsten genannt?

- A) Fernsehen
- B) Radio
- C) Printmedien



3. Das Fernsehen ist nach wie vor das meistgenutzte Medium. Wie heißt das EU-Förderprogramm für die Kultur- und Kreativwirtschaft, welches auch die Filmförderung umfasst?

- A) Creative Europe
- B) MEDIA
- C) EU Cultura



Lösung:

1. C) 91% der Befragten aus den Niederlanden gaben an, das Internet täglich oder fast täglich zu nutzen. Damit sind die Niederlande der EU-Mitgliedsstaat mit der höchsten Internetnutzung. Dahingegen wird das Internet in Rumänien eher selten gebraucht: nur 42% der befragten RumänInnen beantworteten die Frage nach der (fast) täglichen Internetnutzung mit ja. Dänemark besetzt im EU-Vergleich Platz drei (87% tägliche Internetnutzung) hinter den Vorreitern Niederlande und Schweden. In Deutschland gaben 67% der Befragten an, täglich im Web zu sein, genauso viele wie in Malta. Im EU-weiten Durchschnitt nutzten 66% aller an der Umfrage teilgenommenen Personen das Internet täglich oder fast täglich.

2. B) In 23 der 28 EU-Mitgliedsstaaten überwiegt das Vertrauen in das Radio. 59% aller Befragten gaben an, diesem Medium am ehesten zu vertrauen. Nur in den Staaten Bulgarien, Italien, Ungarn, Malta und Rumänien überwiegt das Vertrauen der Bevölkerung in das Fernsehen. EU-weit gaben 51% der an der Umfrage teilgenommenen Personen an, dem Fernsehen das meiste Vertrauen zu schenken. Abgeschlagen liegen sowohl das Internet als auch die sozialen Netzwerke im Internet. Diese wurden im Durchschnitt am seltensten genannt: nur 20% der Befragten vertraut den sozialen Netzwerken am ehesten. Vor allem in Frankreich und in Schweden wird den Social Media Kanälen wenig vertraut: nur jeweils 8% der schwedischen und französischen Teilnehmenden bestätigten, den sozialen Netzwerken am ehesten zu vertrauen. In Deutschland haben 71% das größte Vertrauen in den Rundfunk, 63% in das Fernsehen, 56% in die Printmedien, 29% in das Internet und 15% in die sozialen Netzwerke.

3. A) Das momentane Förderprogramm der EU für die Kultur- und Kreativwirtschaft heißt Creative Europe und läuft von 2014 bis 2020. Mit einem Gesamtbudget von 1,46 Milliarden Euro über sieben Jahre hinweg fördert das Programm Projekte in den Teilbereichen MEDIA (audiovisueller Bereich) und KULTUR (alle weiteren künstlerischen Disziplinen, v.a. Literaturübersetzung, europäische Kooperationsprojekte, Netzwerke und Plattformen, Initiative Europäische Kulturhauptstadt) sowie in einem übergreifenden Förderbereich. Im Bereich MEDIA werden beispielsweise Vertriebs- und Verleihfirmen sowie Produktionsfirmen unterstützt, Filmfestivals gefördert und Kinonetzwerke unterstützt. Projekte sollen so einen europäischen Mehrwert bekommen, um ihren internationalen Erfolg zu vergrößern, die Professionalisierung der Akteure auf internationalem Terrain zu fördern sowie neue Publikumskreise zu erschließen.

Am kommenden Dienstag, den 26. November 2019, um 15 Uhr wird im Hegel-Gymnasium in Magdeburg der Europa-Medien-Preis Sachsen-Anhalt verliehen. Sachsen-AnhalterInnen aller Altersgruppen konnten alleine oder gemeinsam als Gruppe einen Beitrag zum Thema Europa einreichen. Alle nominierten Beiträge und nähere Informationen können Sie unter <https://www.europamedienpreis.de/> finden.



Zur Anmeldung, um an der Preisverleihung teilzunehmen und als Publikum den besten Beitrag zu nominieren, kommen Sie mit diesem Link: <https://anmeldung.goeurope-lsa.de/136-preisverleihung-europa-medien-preis-sachsen-anhalt-2019>

Der Europa.Medien.Preis Sachsen-Anhalt 2019 wird von der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur sowie der Medienanstalt Sachsen-Anhalt ausgelobt und zusammen mit GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt organisiert.





# Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt  
bei der Europäischen Union  
80, Boulevard Saint Michel  
B – 1040 Brüssel  
Belgien

E-Mail-Adresse

[sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de](mailto:sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de)

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

## Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
Carmen Johannsen (CJ)	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	<a href="#">E-Mail</a>
Daniel Wentzlaff (DW)	Stellvertretender Leiter des Büros Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	<a href="#">E-Mail</a>
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	<a href="#">E-Mail</a>
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	<a href="#">E-Mail</a>
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	<a href="#">E-Mail</a>
Silke Antos (SIA)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU- Förderprogramme, Verkehr, Soziales	...16	<a href="#">E-Mail</a>
Antonieta Hofmann (AH)	Kultur, Bildung, ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...38	<a href="#">E-Mail</a>
Elke Andrea Große (EAG)	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	...32	<a href="#">E-mail</a>
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	<a href="#">E-Mail</a>
Marion Straßer (MaS)	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	<a href="#">E-Mail</a>
Jana Koch (JK)	Praktikantin	...22	<a href="#">E-Mail</a>
Sophia Neumann (SN)	Praktikantin	...22	<a href="#">E-Mail</a>
Daniela Sheri (DS)	Praktikantin	...22	<a href="#">E-Mail</a>

[Zurück zur Übersicht](#)



**SACHSEN-ANHALT**

Vertretung bei der  
Europäischen Union

## Impressum

### Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der  
Europäischen Union  
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

### Verantwortliche Redakteurin

Elke Andrea Große

### Fotos

Elke Andrea Große, sofern nicht anders angegeben  
oder Quelle: Internet

### Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

